

BFI-Botschaft: Zusammenarbeit zahlte sich aus

Die Organisationen der Hochschulen und die Berufsbildung haben zum ersten Mal im Hinblick auf die Erarbeitung der Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) zusammengearbeitet. Zum Glück muss man sagen. Sonst hätte wahrscheinlich der Kompromiss im Parlament nicht erreicht werden können.

Vor gut zwei Jahren haben sich die Interessengruppen der Hochschulen und der Berufsbildung zusammengesetzt, um über ihre Erwartungen im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft 2017-2020 zu diskutieren. Das war das erste Mal seit der Einführung des BFI-Prozesses. Sowohl die Hochschulen wie auch die Berufsbildung beschrieben in diesen Diskussionen ihre aktuelle Situation und ihre Probleme und formulierten ihre Prioritäten aus. Dadurch stieg auf beiden Seiten das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Anliegen. Statt zu einem Nebeneinander oder gar Gegeneinander kam es im politischen Prozess zu einem Miteinander.

Die BFI-Botschaft unter Spardruck

Leider geriet die BFI-Botschaft im Laufe ihrer Entwicklung unter Spardruck. Ohne die Ziele zu verändern, kürzte der Bundesrat die für Bildung, Forschung und Innovation vorgesehenen Finanzen für die Jahre 2017-2020. Das bedeutete für alle Bildungsbereiche, insbesondere auch für die Berufsbildung, eine enorme Schwächung. Im parlamentarischen Prozess stützte dabei die nationalrätliche Finanzkommission die bundesrätliche Vorlage und obsiegte im Nationalrat gegen die Anträge der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N). Wie sollten sich nun die verschiedenen Bildungsbereiche verhalten?

Miteinander statt gegeneinander

Zum Glück hat sich das Miteinander der Interessengruppen der Hochschulen und der Berufsbildung erhalten. So konnte über den Sommer hinweg ein gemeinsamer Kompromissvorschlag erarbeitet werden, der den ständerätlichen Kommissionen (Finanzkommission, WBK-S) unterbreitet werden konnte. Der Vorschlag nahm sowohl finanzpolitische wie auch bildungspolitische Argumente auf. Wie wir wissen, ist dieser Vorschlag sowohl vom Ständerat wie auch vom Nationalrat – sogar mit einer kleinen Ergänzung – angenommen wurden. Ich denke, es ist ein Erfolg des Miteinanders der Hochschulen und der Berufsbildung. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn jede Gruppe für sich und gegen die anderen politisiert hätte.

Bruno Weber-Gobet, Leiter Bildungspolitik Travail.Suisse